

Coronahilfen: Rette mich, wer kann!

Bozen – Ist es richtig, zwangsgeschlossenen Unternehmen 80 Prozent ihres Umsatzverlustes zu ersetzen? An dieser Frage scheiden sich die Geister. Die Handelskammer Bozen hat die Forderung erhoben, in Anlehnung an die 75-prozentige „Novemberhilfe“ in Deutschland und den 20- bis 80-prozentigen Umsatzerersatz in Österreich. Philipp Moser, der Präsident des Handels- und Dienstleistungsverbandes hds, hat die Forderung mit Blick auf das wochenlange Arbeitsverbot für viele Einzelhändler mehrmals wiederholt.

Stefan Perini, der Direktor des Arbeitsförderungsinstitutes Afi, hält nichts von derartigen – wenn auch unbürokratischen – Hilfen: Die Orientierung am Umsatz könne unter Umständen bewirken, dass Unternehmen im Stillstand mehr verdienen als im Vollbetrieb, weil Kosten entfallen und der Umsatz ersetzt werde. Deswegen plädiert Perini eher für Fixkostenbeiträge.

Es muss vermieden werden, dass das Sicherheitsnetz zur bequemen Hängematte wird. Denn die Politik hantiert bei den Krisenhilfen nicht mit dem eigenen Geld.

Die Angelegenheit zeigt exemplarisch, wie heikel die Krisenhilfen sind. Einerseits sind die öffentlichen Hilfen – von Verlustbeiträgen bis zum Lohnausgleich – für viele Unternehmen und Familien in diesem beispiellosen Notstand lebensnotwendig. Andererseits muss vermieden werden, dass das von der öffentlichen Hand gespannte Sicherheitsnetz zur bequemen Hängematte wird. Denn eines ist sicher, die Politik hantiert bei den Krisenhilfen nicht mit dem eigenen Geld, sondern mit jenem der Steuerzahler*innen von heute und noch mehr von morgen.

Darauf hat in diesen Tagen auch Christian Sewing, der Chef der Deutschen Bank, hingewiesen. Er hält Deutschlands überaus großzügige Krisenhilfen für „teilweise kontraproduktiv“. Unternehmen, so meint Sewing, müssten sich anpassen, selbst wenn es wehtue. Denn nach der Krise werde manches Geschäftsmodell nicht mehr funktionieren, das vorher funktioniert hat.

Wenn der Staat das Arbeiten verbietet

Wie viel Rettung also ist gesund? **Georg Lun**, der Direktor des Wirtschaftsforschungsinstitutes Wifo der Handelskammer Bozen, weiß um die Gratwanderung. „Es stimmt, dass öffentliche Förderungen die Nebenwirkung haben können, dass Unternehmen den Wandel versäumen, der sie wettbewerbsfähiger macht, und dass auf diese Weise Strukturen zementiert werden, die eigentlich nicht funktionieren“, sagt Lun. Diese Argumentation könne für die derzeitige völlig untypische Krise aber nicht geltend gemacht werden: Der Staat verbiete manchen Unternehmen das Wirtschaften regelrecht – und somit hätten die Unternehmen gar keine Chance, sich neu zu erfinden.

Deswegen sei es gerechtfertigt, wenn ebendieser Staat das Überleben der zwangsgeschlossenen Unternehmen sichere, und zwar im selben Ausmaß, wie es die Heimatstaaten der konkurrierenden Unternehmen tun. Von daher rührt die Forderung der Handelskammer nach einem 80-prozentigen Umsatzerersatz.

In dieselbe Kerbe schlug im Zuge der Diskussion um den verspäteten Start in die Wintersaison Helmut Sartori, der Präsident des Verbandes der Südtiroler Seilbahnunternehmer: „Wenn die Aufstiegsanlagen, die im Winter der Motor der Südtiroler Wirtschaft sind, trotz Einhaltung der Sicherheitsprotokolle geschlossen bleiben müssen, weil auf staatlicher oder europäischer Ebene ein grundsätzliches Verbot ausgesprochen wird, im Sinne sozusagen eines quasi symbolischen Zeichens, muss die Politik eine Lösung finden, um den daraus resultierenden wirtschaftlichen Schaden zu ersetzen.“ Es fällt schwer, ihm zu widersprechen.

Die Treffsicherheit der Hilfen

Georg Lun meint: „Natürlich stellt sich die Frage, was leistbar ist. Aber was ist die Alternative?“ Als alternativlos betrachtet die massiven Krisenhilfen auch die Europäische Zentralbank (EZB), die vergangene Woche vor einer vorschnellen Rücknahme der Hilfsmaßnahmen warnte. Das würde die Gefahr von Firmenpleiten erhöhen, mit unabsehbaren Folgen auch für das Bankensystem.

Die italienische Regierung scheint – trotz ohnehin hoher Staatsverschuldung – gewillt, dem EZB-Rat zu folgen. Der Corona-Lohnausgleich inklusive Entlassungsverbot wurde bis März verlängert und wird dann unfassbare 13 Monate gedauert haben. Kritiker meinen, dass den Unternehmen damit die Chance genommen wird, sich proaktiv zu verändern, um gestärkt aus der Krise hervorzugehen.

Die Kunst wird es sein, den richtigen Zeitpunkt für den Ausstieg zu finden. Laufen Corona-Lohnausgleich und Kündigungsschutz zu früh aus, „ernten wir Massenarbeitslosigkeit“, befürchtet Afi-Direktor **Stefan Perini**. Werden sie hingegen zu lange beibehalten, wird die öffentliche Kasse zum Selbstbedienungsladen. Noch jedenfalls sei die Krise zu akut, um die Krisenhilfen zurückzufahren, sagt Perini.

„Wir müssen uns damit abfinden, dass es manche Unternehmen nach dieser Krise nicht mehr geben wird. Das ist unausweichlich, egal ob es uns gefällt oder nicht.“ (Sascha Kraus, unibz)

Nichtsdestotrotz fordert er, dass die Politik die Treffsicherheit der Hilfen erhöht. Perini beobachtet, wie Staat und Land im Herbst Krisenhilfen vom Frühjahr einfach undifferenziert neu aufgelegt haben, ohne Evaluierung, wer Hilfe braucht und wer nicht. Perini: „Im ersten Lockdown war es richtig, dass die Politik die Beruhigungspille verabreicht hat. Jetzt aber wäre es an der Zeit, die Treffsicherheit der Hilfen zu erhöhen.“ Es gehe nämlich keineswegs allen Unternehmen und allen Arbeitnehmer*innen schlechter als vor Ausbruch der Krise. „Fakt ist: Die öffentlichen Mittel sind begrenzt. Die Landesregierung kann es sich nicht leisten, Weihnachtsmann zu spielen“, fordert Perini.

Der langjährige Leitner-Chef **Michl Seeber** plädiert für einen zurückhaltenden Umgang mit Krisenhilfen. In seinen Augen ist der Lohnausgleich ein valides Instrument, um Einkommen (zumindest teilweise) zu sichern und den stillstehenden bzw. unter Druck stehenden Unternehmen Personalkosten abzunehmen. „Aber das reicht dann“, sagt Seeber, denn wenn ein Unternehmen in guten Zeiten nicht ausreichend Reserven erwirtschaftete, um eine Durststrecke aushalten zu können, dann sei es ohnehin nicht gut genug geführt, um überlebensfähig zu sein.

Den Lohnausgleich würde Michl Seeber auch auf Unternehmensinhaber ausdehnen, zum Beispiel im Falle von Einpersonenerbetrieben. Freilich bringe es nichts, wenn die Regierung Geld verspreche, dieses Geld dann aber monatelang auf sich warten lasse, weil die bereitgestellten Mittel nicht reichen.

Von Zombie-Unternehmen und kreativer Zerstörung

Für **Sascha Kraus**, seit diesem Herbst Professor für Unternehmensführung der unibz, steht fest, dass öffentliche Hilfen in der Akutphase einer Krise Sinn machen, um eine unerwünschte Pleitewelle zu verhindern. Deren Folgewirkungen würden das Problem nämlich nur noch größer machen und Mitarbeiter*innen, Zulieferer und Banken mit in den Strudel reißen. Wenn die Krisenhilfen aber zu lange andauern, droht ein teurer Nebeneffekt: nämlich das Generieren von „Zombie-Unternehmen“, die über kurz oder lang ohnehin nicht lebensfähig wären. Wirklich gesunde Unternehmen, so Kraus, seien in der Lage, auch eine längere Durststrecke mit Eigenmitteln zu bewältigen, ohne auf ein andauerndes Konjunkturhoch angewiesen zu sein, wie es dies in den vergangenen Jahren gab.

„Wir müssen uns damit abfinden, dass es manche Unternehmen nach dieser Krise nicht mehr geben wird. Das ist unausweichlich, egal, ob es uns gefällt oder nicht“, sagt Sascha Kraus. Es müsse „ein gewisses Maß an kreativer Zerstörung“ zugelassen werden – auch deshalb, weil Not erfahrungsgemäß erfinderisch macht. Unzählige Unternehmen haben in dieser

Krise mit erstaunlicher Geschwindigkeit neue Produkte und Dienstleistungen auf die Beine gestellt. Aus temporären Notlösungen werden so unter Umständen zusätzliche, dauerhafte Standbeine.

Wie die Coronakrise als Innovationsbeschleuniger wirkt, zeigen zwei Studien, an denen Sascha Kraus beteiligt war. Während des ersten Lockdowns im Frühjahr stellte sein Forschungsteam in einer ersten Studie fest, dass gerade Familienunternehmen in der Krise häufig auf Innovation setzen – sozusagen als Flucht nach vorne. In einer zweiten Studie, deren Ergebnisse soeben veröffentlicht wurden, wird am Beispiel österreichischer Gastronomiebetriebe aufgezeigt, dass Unternehmen, die durch die Krise stärker unter Druck gerieten, viel innovativer agierten als Unternehmen mit geringen Fixkosten, hohen Liquiditätsreserven oder hohen öffentlichen Transferzahlungen. Leidensdruck tut den Unternehmen offensichtlich gut – und ist obendrein billiger für die Steuerzahler.

Wann also ist genug geholfen? „In der Wissenschaft sprechen wir von der umgekehrten U-Kurve. Alles macht bis zu einem gewissen Höhepunkt Sinn, danach nicht mehr.“ Nur: Wann ist dieser Höhepunkt erreicht? Wer braucht wirklich Hilfe und wer nicht? Es sind knifflige Fragen, welche die Politik beantworten muss. Außer sie hat keine Hemmungen, den Steuerzahler*innen die gesalzene Rechnung zu präsentieren.

Edition: 47-20